

**Beschluss  
der Stadtverordnetenversammlung**

12. Dezember 2022  
1 von 4

**Städtisches Ergänzungspaket in der Energiekrise**

Antrag der Fraktion B90/Grüne

- 101.19.666 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt, schnellstmöglich ein Maßnahmenpaket zu entwickeln und umzusetzen, das die Hilfsprogramme von Land und Bund zur Abmilderung der Folgen der gestiegenen Energiepreise zielgerichtet ergänzt.

Konkret soll das Ergänzungspaket mindestens folgende Punkte umfassen:

1. Die Wohngeldstelle wird personell und organisatorisch so ausgerichtet, dass eine zügige Bearbeitung der zahlreichen Wohngeldanträge, die aufgrund der Wohngeldreform ab Januar 2023 zu erwarten sind, sichergestellt ist.
2. Der Magistrat soll darauf hinwirken, dass die GWG weiterhin, wie auch die landeseigenen Wohnungsgesellschaften, keinen Mieter\*innen kündigt, weil sie die erhöhten Energiekosten nicht begleichen können.
3. Es soll eine niedrigschwellige Anlaufstelle geschaffen werden, um auch diejenigen Menschen über ihre Rechte und Leistungsansprüche zu informieren, die bisher keine Sozialleistungen in Anspruch nehmen mussten. Dabei soll in geeigneter Form an die Anlauf- und Beratungsstellen unter anderem beim Sozialamt, dem Jobcenter, den Städtischen Werken, der Verbraucherzentrale, den Wohlfahrtsverbänden und dem Mieterbund vermittelt werden.
4. Die Angebote des Stromspar-Checks inkl. der Förderung für den Tausch von Kühlschränken sollen mit Hilfe eines kommunalen Zuschusses ausgeweitet werden. So soll der Zuschuss auch für den Tausch anderer energieintensiver Haushaltsgeräte gelten. Zudem soll die bisherige Zielgruppe auf alle armutsgefährdete Menschen (Personen unterhalb von 60% des Medianeinkommens) erweitert werden.
5. Die Menschen in Kassel sollen in den an häufigsten verwendeten Sprachen informiert werden über die Möglichkeiten, Strom-, Gas- und Wassersperren zu verhindern und Energie bzw. Wasser zu sparen.

6. Der Magistrat soll darauf hinwirken, dass die Städtischen Werke in ihrer Service-App eine optionale Funktion einrichten, mit der Kund\*innen einen besseren und transparenten Überblick über ihren aktuellen Energieverbrauch und entsprechende Energiekosten erhalten. In der optionalen Funktion sollten Kund\*innen monatlich daran erinnert werden, ihren Zählerstand einzutragen und so die tatsächlichen Kosten für den gegebenen Zeitraum erfahren – anstatt erst mit der Schlussabrechnung des jeweiligen Jahres.
7. Für Institutionen, wie z. B. Vereine bzw. freie Träger, die eine Leistungsvereinbarung mit der Stadt Kassel haben und durch die gestiegenen Energiekosten in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, soll ein Nothilfefonds geschaffen werden, um fachspezifische und passgenaue Lösungen auf kommunaler Ebene finanzieren zu können, sollten alle anderen Hilfen nicht greifen.

Sofern die hier genannten Maßnahmen nicht über andere Haushaltspositionen finanziert sind, soll zur (Anstoß-)Finanzierung der Maßnahmen auf das im Haushalt 2023 bereitgestellte Budget für dieses Paket zurückgegriffen werden.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: B90/Grüne, CDU, FDP, Stadtverordnete Klobuczynski, Gleuel und Dr. Hoppe

Ablehnung: SPD, Stadtverordneter Düsterdieck

Enthaltung: DIE LINKE, AfD

abwesend: Stadtverordnete Rieger  
den

### **Beschluss**

Dem Antrag der Fraktion B90/Grüne betr. Städtisches Ergänzungspaket in der Energiekrise, 101.19.666, wird **zugestimmt**.

#### ➤ **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt, schnellstmöglich ein Maßnahmenpaket zu entwickeln und umzusetzen, das die Hilfsprogramme von Land und Bund zur Abmilderung der Folgen der gestiegenen Energiepreise zielgerichtet ergänzt.

Konkret soll das Ergänzungspaket mindestens folgende Punkte umfassen:

1. Die Wohngeldstelle wird personell und organisatorisch so ausgerichtet, dass eine zügige Bearbeitung der zahlreichen Wohngeldanträge, die aufgrund der Wohngeldreform ab Januar 2023 zu erwarten sind, sichergestellt ist. 3 von 4
2. Der Magistrat soll darauf hinwirken, dass die GWG weiterhin, wie auch die landeseigenen Wohnungsgesellschaften, keinen Mieter\*innen kündigt, weil sie die erhöhten Energiekosten nicht begleichen können.
3. Es soll eine niedrigschwellige Anlaufstelle geschaffen werden, um auch diejenigen Menschen über ihre Rechte und Leistungsansprüche zu informieren, die bisher keine Sozialleistungen in Anspruch nehmen mussten. Dabei soll in geeigneter Form an die Anlauf- und Beratungsstellen unter anderem beim Sozialamt, dem Jobcenter, den Städtischen Werken, der Verbraucherzentrale, den Wohlfahrtsverbänden und dem Mieterbund vermittelt werden.
4. Die Angebote des Stromspar-Checks inkl. der Förderung für den Tausch von Kühlschränken sollen mit Hilfe eines kommunalen Zuschusses ausgeweitet werden. So soll der Zuschuss auch für den Tausch anderer energieintensiver Haushaltsgeräte gelten. Zudem soll die bisherige Zielgruppe auf alle armutsgefährdete Menschen (Personen unterhalb von 60% des Medianeinkommens) erweitert werden.
5. Die Menschen in Kassel sollen in den an häufigsten verwendeten Sprachen informiert werden über die Möglichkeiten, Strom-, Gas- und Wassersperren zu verhindern und Energie bzw. Wasser zu sparen.
6. Der Magistrat soll darauf hinwirken, dass die Städtischen Werke in ihrer Service-App eine optionale Funktion einrichten, mit der Kund\*innen einen besseren und transparenten Überblick über ihren aktuellen Energieverbrauch und entsprechende Energiekosten erhalten. In der optionalen Funktion sollten Kund\*innen monatlich daran erinnert werden, ihren Zählerstand einzutragen und so die tatsächlichen Kosten für den gegebenen Zeitraum erfahren – anstatt erst mit der Schlussabrechnung des jeweiligen Jahres.
7. Für Institutionen, wie z. B. Vereine bzw. freie Träger, die eine ~~Leistungsvereinbarung mit der Stadt Kassel haben~~ und durch die gestiegenen Energiekosten in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, soll ein Nothilfefonds geschaffen werden, um fachspezifische und passgenaue Lösungen auf kommunaler Ebene finanzieren zu können, sollten alle anderen Hilfen nicht greifen.

Sofern die hier genannten Maßnahmen nicht über andere Haushaltspositionen finanziert sind, soll zur (Anstoß-)Finanzierung der Maßnahmen auf das im Haushalt 2023 bereitgestellte Budget für dieses Paket zurückgegriffen werden.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

4 von 4

Zustimmung: DIE LINKE, Stadtverordneter Dr. Hoppe

Ablehnung: B90/Grüne, SPD, CDU, FDP, AfD, Stadtverordnete Klobuczynski und  
Gleuel

Enthaltung: Stadtverordneter Düsterdieck

abwesend: Stadtverordnete Rieger  
den

### **Beschluss**

Der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zum Antrag der Fraktion B90/Grüne  
betr. Städtisches Ergänzungspaket in der Energiekrise, 101.19.666, wird  
**abgelehnt.**

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann  
Stadtverordnetenvorsteherin

Annika Kuhlmann  
Schriftführerin